A12 NEU: Keine Profite mit Blut und Tod – Leipzig bleibt Friedensstadt: Die Linke mobilisiert gegen die Ansiedlung von Rüstungsunternehmen!

Einreichende: Ariane Barth, Jacqueline Görner, Franziska Kage, Tjark Delfs, Uwe Fiedler, Georg Grünewald und Johannes Schmidt

Unterstützende A12: Tammo Thyselius, Felix Knorr, Julia Aigner, Katja Wagner, Franziska Kage, Gregor Clewing, Hendrik Frieling, Derya Kilicarslan, Clemens Elm, Mara Luise Guenzel

Unterstützende ÄA12.1: Steffi Deutschmann, Kay Kamieth, Maximilian Lawrence Friedel

Antrag:

Gemeinsame Neufassung von A12 nach Verhandlung bzgl. ÄA12.1 und ÄA12.2. Im Sinne aller Einreichenden soll ÄA12.2 in angepasster Form aufrechterhalten werden, damit die Mitgliedschaft eine bewusst Einzelentscheidung zur Bündnisfrage treffen kann

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Die Linke Leipzig spricht sich gegen Waffenlieferungen sowie die Militarisierung unserer Gesellschaft aus und lehnt die Ansiedlung des Rüstungskonzerns Covenant und die geplante Produktion des Marschflugkörpers „Anthem“ in Leipzig und Umgebung entschieden ab. Wir beugen uns nicht der vermeintlichen Notwendigkeit von Hochrüstung und Kriegstauglichkeit. Während soziale Sicherungssysteme, Gesundheit, Bildung und kommunale Daseinsvorsorge kaputtgespart werden, fließen Milliarden in die Rüstungsindustrie. Wir lassen nicht zu, dass Leipzig zum Drehkreuz für Waffenproduktion und Rüstungslogistik ausgebaut wird. Es darf in unserer Stadt keine Rüstungsproduktion geben, die völkerrechtswidrige Kriege, Völkerrechtsverletzungen und das weltweite Leid der Zivilbevölkerung befeuert.

Weder die öffentliche Hand noch ansässige Unternehmen dürfen vom Töten profitieren! Wir erteilen daher jeglicher Politik eine Absage, die bereit ist, solche Offensivwaffen einzusetzen oder kriegerische Gewalt als Mittel der Politik zu nutzen. Städtische Flächen, öffentliche Gelder und die Arbeitskraft der Menschen gehören in die Daseinsvorsorge – nicht in die Produktion von Waffen.

Die Linke Leipzig sieht sich als relevante und notwendige Kraft in den lokalen und überregionalen Friedenbewegungen sowie den Sozialprotesten. Statt auf Abgrenzung und Ausschluss werden verbindende und organisierende Instrumente genutzt, um die Kräfte aus den Sozialprotesten, der Mitgliedschaft, der Friedensbewegung und antifaschistischen Bündnissen zusammenführen und zu einen.
In Umsetzung des Beschlusses des Potsdamer Bundesparteitages vom 21. Juni 2026 „Es reicht! Wir organisieren den Aufstand: gegen Sozialabbau und Militarisierung“ erteilt der Stadtparteitag folgende Arbeitsaufträge und Aufforderungen:

1. Protest auf der Straße und Bündnisarbeit:
Der Widerstand gegen aufrüstungsbedingten Sozialabbau, Rüstungsansiedlungen und Militarisierung wird auch auf der Straße entschieden. Die Linke Leipzig unterstützt und beteiligt sich an Aktionen des Bündnisses „Keine Raketenfabrik in Leipzig“, weiteren Gegenproteste gegen Rüstungsansiedlungen in der Nähe vom Flughafen Halle/ Leipzig wie z. B. in Sangerhausen und Initiativen gegen Aufrüstung, Militarisierung und Wehrpflicht.

2 AÜ. Antragsübernahmen und Änderungen

Anknüpfend an die erfolgreichen Unterstützungen der Demonstration vom 29. August und 19. September 2026 solidarisiert sich der Stadtverband mit gewaltfreien Protesten, auch in Formen des zivilen Ungehorsams, gemeinsam mit Friedensinitiativen, Gewerkschaften, Umweltverbänden und antifaschistischen Strukturen. Der Stadtvorstand wird mit dem Eintritt ins Bündnis „Keine Raketenfabrik in Leipzig“ beauftragt und soll sich auf allen Ebenen unterstützend sowie mobilisierend für die Bündnisarbeit einsetzen.

2. Debatten zur Grundhaltung fördern:
Wir sind eine Friedenspartei und vertreten eine antimilitaristische Haltung. In diesem Kontext werden durch den Stadtvorstand Debatten angestoßen und gefördert, welche ihren Fokus auf einer souveränen Bevölkerung haben, die in Krisen und im Kriegsfall selbst handlungsfähig bleibt und somit auf Selbstorganisation und Klassenbewusstsein setzt: Sicherheit sollte nicht als Frage des Gehorsams, sondern als eine kollektive Gestaltungsmacht derjenigen, die von Krieg und Krisen am meisten betroffen sind, verstanden werden.

3. Kommunalpolitisches Mandat nutzen:
Der Stadtparteitag unterstützt nachdrücklich den Antrag der Stadtratsfraktion (VIII-A-03460) „Stadt des Friedens bleiben – Leipzig darf kein Standort für Rüstungsproduktion werden“. Die Fraktion wird aufgefordert, alle kommunalrechtlichen, planungsrechtlichen und gewerblichen Spielräume auszuschöpfen, um Ansiedlungsanfragen von Rüstungsunternehmen zu unterbinden und die Vergabe städtischer Flächen an die Rüstungsindustrie zu verhindern.

4. Industrielle Konversion und gewerkschaftliche Verankerung:
Zum Kampf gegen die weitere militärische Aufrüstung braucht es die Vergesellschaftung der Rüstungsindustrie unter demokratischer Kontrolle und ihre Umstellung auf zivile Produktion. Gemeinsam mit Beschäftigten und Gewerkschaften müssen Perspektiven für industrielle Konversion entwickelt werden, damit Arbeitsplätze nicht an die Produktion von Rüstungsgütern gebunden werden. Der Stadtvorstand wird beauftragt, im vierten Quartal 2026 das Gespräch mit den Gewerkschaften (insbesondere dem DGB und der IG Metall), Betriebsräten und Belegschaften im Leipziger Raum zu suchen. Ziel ist eine aktive Industriepolitik, die das Know-how und die Fachkräfte der Region für den Ausbau des ÖPNV, erneuerbare Energien und Medizintechnik nutzt.

5. Aufklärungskampagne und Verankerung im Stadtteil:
Der Stadtvorstand wird beauftragt, ab November 2026 eine stadtweite Aufklärungskampagne durchzuführen. An Infoständen, in Haustürgesprächen und auf Nachbarschaftstreffen klären wir über die konkreten Pläne von Covenant (geplanter Produktionsstart Q1 2027) und die Folgen für die Stadtentwicklung auf. Es gilt, den Zusammenhang von aufrüstungsbedingten Kürzungen und den Verschlechterungen im Alltag der arbeitenden Menschen offenzulegen.

6. Schwerpunkt im OBM-Wahlkampf:
Der Parteitag empfiehlt dem Stadtvorstand und dem Wahlstab, den Kampf für eine Friedensstadt Leipzig und gegen Rüstungsansiedlungen als zentralen stadtpolitischen Schwerpunkt in den Wahlkampfentwürfen und im OBM-Wahlprogramm zu verankern. In enger Abstimmung mit unserer OBM-Kandidatin Skadi Jennicke tragen wir die Auseinandersetzung in die Stadtgesellschaft und fordern eine klare Absage an Rüstungsinteressen von den Mitbewerbern.

7. Militarisierung nach innen stoppen:
Der Widerstand gegen aufrüstungsbedingte Politik richtet sich auch gegen die autoritäre Formierung der Gesellschaft nach innen. Dass der AfD-Spitzenkandidat in Sachsen-Anhalt, Ulrich Siegmund, Rüstungsproduktion als Hilfsmittel für eine „Remigrations- und Abschiebeoffensive“ bezeichnet hat, zeigt: Aufrüstung verroht die Gesellschaft. Die Linke Leipzig stellt sich Menschen und Initiativen zur Seite, die wegen ihres Engagements gegen Krieg und Aufrüstung von Repression betroffen sind.

8. Überregionale Initiativen:
Der Stadtvorstand stimmt sich eng mit den benachbarten Kreisverbänden sowie dem Landes- und Bundesverband ab. Unsere Abgeordneten im Landtag und Bundestag werden aufgefordert, parlamentarische Initiativen einzubringen, um jede öffentliche Förderung, Subventionen und Genehmigungen für die geplante Rüstungsproduktion in Leipzig und Umgebung zu unterbinden. Gleichzeitig fordern wir all unsere Amts- und Mandatsträger*innen auf, ihre parlamentarischen und öffentlichkeitswirksamen Möglichkeiten zu nutzen, um sich gegen Waffenlieferungen, die Ansiedlung von Rüstungsunternehmen in Leipzig sowie Krieg auszusprechen und sich mit entsprechenden Initiativen und Bündnissen zu solidarisieren.

9. Innerparteiliche Demokratie stärken:
Unser Stadtvorstand sowie unsere Parteitagsdelegierten setzen sich auf Landes- und Bundesebene für Beschlüsse zu Abrüstung, Diplomatie und Frieden ein. In diesem Zusammenhang unterstützen die o. g. Personen Anliegen, die für die Vergesellschaftung der Rüstungsindustrie sowie deren Konversion zur Produktion von Gütern des Zivil- und Bevölkerungsschutzes einstehen.

Begründung:

In Vorbereitung des Stadtparteitag haben sich die Einreichenden von A12, ÄA12.1 und ÄA12.2 zusammengesetzt sowie die Anträge, ihre Motivation und entsprechende Inhalte besprochen. Das Ergebnis: Wir sind einmütig in der Bewertung der jeweiligen Antragsinhalte. Die Zusammenführung der Anträge erfolgte entsprechend einstimmig zwischen den Einreichenden. Generell schätzen wir ein, dass der Stadtvorstand handlungsfähig sein muss und dazu ein klares Votum vom Stadtparteitag braucht, um verschiedene Perspektiven abzuwägen und Konflikte zum Thema im Sinne der Mitgliedschaft aufzulösen. Aus diesem Grund sollte der Stadtparteitag als höchstes beschluss- und entscheidungsfassendes Gremium die bündnisstrategische Frage beantworten, damit der Stadtvorstand entsprechend eines klaren Auftrags agieren kann. Eine Verlagerung oder Verschiebung der Bündnisfrage in den Stadtvorstand würde viele Ressourcen sowie Zeit binden und final bei der Aufgabenerfüllung und Beschlussumsetzung an anderer Stelle fehlen.

Im Sinne aller Einreicherden soll ÄA.12.2 in angepasster Form aufrechterhalten werden, damit die Mitgliedschaft bewusste eine weitreichendere Einzelentscheidung über den Bündnisbeitritt treffen kann, da Stadtparteitagsbeschlüsse nicht durch den Stadtvorstand aufgehoben werden können.
Dazu kann der neue Stadtvorstand mit Rückhalt seiner Mitgliedschaft auch im Fall der Fälle mit höheren Gliederungen oder anderen Strukturen in Verhandlungen gehen, wenn dort beispielsweise Maßnahmen getroffen werden, welche die politische Arbeit oder auch unseren Wahlkampf beeinträchtigen – kürzliche Debatten über Kooperationsverbote, Unvereinbarkeiten und deren Ausgestaltung zeigen den Handlungsbedarf. Aber dazu braucht es ein klares Votum unserer Basis!

4 AÜ. Antragsübernahmen und Änderungen

Aus A12: Die Linke ist eine antimilitaristische Partei.

Sie setzt sich für Abrüstung, Diplomatie und Frieden ein. Denn wir sehen: Kriege werden immer auf dem Rücken der arbeitenden Menschen ausgetragen; Kriege werden für Kapitalinteressen geführt und breite Teile der Bevölkerung zahlen dafür mit Hab und Gut, schließlich auch mit Leib und Leben. Permanente und forcierte Aufrüstung, wie sie sich gegenwärtig in der BRD vollzieht, dient weder der Verteidigung der Demokratie noch dem Schutz der Bevölkerung eines Staates. Gegenwärtig vollzieht sich in Deutschland eine Entwicklung hin zum Militarismus.

Dies geht Hand in Hand mit enormen Kürzungen bzw. Streichungen finanzieller Mittel für unsere sozialen Sicherungssysteme, Vereine, Organisationen und kulturellen Einrichtungen. Betroffenen wird die materielle Grundlage für die Beteiligung an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens entzogen. Die Bundesregierung bewilligte Ende 2025 und Anfang 2026 für dieses Jahr Haushaltsausgaben für das Militär in Höhe von 82,7 Milliarden Euro bei einem Gesamthaushalt von 524,5 Milliarden Euro. [1] Die Menschen, die in Deutschland und auch in Leipzig leben, sind somit erheblichen Sparmaßnahmen in den Bereichen Bildung, Soziales und Gesundheit ausgesetzt.

Des Weiteren haben eine gesellschaftliche Verrohung, ein Rückschritt in der Entwicklung zur Gleichstellung der Geschlechter und die Einschränkungen von politischen und gewerkschaftlichen Rechten eingesetzt.

*Mit dem Bekanntwerden der geplanten Ansiedlung eines Rüstungsunternehmens in Sangerhausen hat die Linke vor Ort zu Protesten aufgerufen.[2] Kurze Zeit später wird bekannt, dass in Cochstedt ein Zentrum zur Drohnenabwehr angesiedelt werden soll.[3] Die Linke Leipzig hat sich schon im August mit den Genoss*innen in Sangerhausen solidarisiert und ihren Protest unterstützt.*

*Sangerhausen ist nur 1,5 Stunden von Leipzig entfernt und wir haben erkannt, dass die Ansiedlung nah des Flughafens Halle/Leipzig kein Zufall ist. Sie fußt auf infrastrukturellen Gegebenheiten wie der Nähe zu Niedersachsen und somit gut ausgebildetem Personal aus der Automobilbranche. Dazu kommen kostengünstige Industrieflächen in einer strukturschwachen Region, welche die Rüstungsindustrie und politischen Verantwortungsträger*innen auf günstige Standortkonditionen und wenig Aufschrei aus der Bevölkerung hoffen lassen. Seit Jahren wird der Flughafen Halle/ Leipzig für den Transport von Waffen und Rüstungsgütern genutzt. In Zeiten einer vermeidlichen „Verteidigungstüchtigkeit“ soll die Durchlaufquote am Drehkreuz für Rüstungsgüter und Militärwaren direkt vor unserer Haustür ausgebaut werden und trifft Leipzig nun direkt: Am 28. August wurde medial bekannt, dass auch Leipzig zukünftig Standort der Waffenproduktion werden soll.[4]*

"Die Verteidigung" ist seit längerem der Standard an Aufrüstungsbegründungen vieler Staaten. In diesem Zusammenhang werden hierfür Menschen auch im Ernstfall zwangseingezogen. Das wäre dann eine situative Legitimierung einer Wehrpflicht als

---

1 https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2026/07/2026-07-06-regierungsentwurf-bundeshaushalt-2027.html

2 https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/halle/mansfeld/stadtrat-stimmt-fuer-verhandlungen-100.html und https://www.jungewelt.de/artikel/522694.die-linke-kein-r%C3%BCstungsunternehmen-im-s%C3%BCdharz.html und https://www.zeit.de/news/2026-07/08/linke-kuendigt-protest-gegen-ruestungsplaene-in-sangerhausen-an

3 https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/drohnen-forschungszentrum-100.html

4 https://www.n-tv.de/wirtschaft/US-Firma-plant-wohl-Marschflugkoerper-Produktion-nahe-Leipzig-id31244526.html

langfristige Konsequenz, wenn die freiwillige Bereitschaft einer Bevölkerung sinkt sich in der Landesarmee zu betätigen. Das widerspricht unserer Beschlusslage und kann für uns keine Begründung für Aufrüstung sein.[5]

Im Regelfall verteidigt ein Staat seine Souveränität und legt wenig Wert auf das Leben und die Gesundheit seiner Bevölkerung, da sonst die meisten Staaten im Falle eines Angriffs die Kapitulation als bestes Schutzinstrument wählen würden. Entsprechend sind Argumente zum Schutz der freiheitlich demokratischen Ordnung oft vorgeschoben, da Staaten im Regelfall ihre eigenen Interessen und Wirtschaftsstellung in der Welt verteidigen und dafür bereit sind Menschen aus der Bevölkerung zu opfern.

Während die Regierung mit Hochrüstung auf Bedrohungen reagiert, wollen wir eine wehrhafte Gesellschaft aufbauen, die sich selbst schützt – gegen äußere Angriffe genauso wie gegen innere Krisen und autoritäre Entwicklungen. In diesem Zusammenhang braucht es eine progressive Antwort auf die bestehende Sicherheitspolitik. Nicht die Militarisierung der Gesellschaft, sondern die Stärkung der Gesellschaft selbst steht im Zentrum. Sicherheit nicht als exklusive Aufgabe eines (autoritären) Staates und seiner Armee, sondern als eine kollektive Verantwortung, die in die gesamte Gesellschaft hineinwirkt. In diesem Zusammenhang müssen wir uns die Frage stellen, ob der einzige Weg einer souveränen Bevölkerung sich zu verteidigen in der Bereitstellung einer Verteidigungsarmee liegt.

Der Spielraum für eine linke Sicherheitspolitik jenseits von Militarismus ist größer als oft angenommen. Die Verteidigung einer Gesellschaft beginnt nicht mit Kampfjets und Waffen, sondern mit funktionierenden Krankenhäusern, stabilen Versorgungsnetzen, organisiertem Katastrophenschutz und einer Bevölkerung, die in Krisen selbst handlungsfähig bleibt. Eine linke Sicherheitspolitik kann genau hier ansetzen. Die Debatte kann somit aktiv von links gestaltet werden, anstatt sie anderen zu überlassen.

Die Interessen der kommenden Generationen dürfen nicht in einem Wettlauf um die Kriegstauglichkeit oder auch militärische Verteidigungsfähigkeit der Bevölkerung geopfert werden. Zwangsdienste und paramilitärische Erziehung sind kein Konzept für eine freie Gesellschaft. Unser Fokus sollte stattdessen auf Selbstorganisation und Klassenbewusstsein liegen: Sicherheit nicht als Frage des Gehorsams, sondern der kollektiven Gestaltungsmacht derjenigen, die von Krieg und Krisen am meisten betroffen sind.

*Das US-Rüstungsunternehmen Covenant will Insidern zufolge ab 2027 in der Nähe von Leipzig die Produktion von Mittelstrecken-Flugkörpern aufnehmen. Das können wir nicht dulden und müssen all unsere Kräfte bündeln, um Widerstand zu organisieren. Entsprechend müssen wir als Partei und Genoss*innen in all unseren Wirkbereichen öffentlichkeitswirksam uns gegen Krieg, Aufrüstung und die Ansiedlung von Rüstungsunternehmen in, um und in der unmittelbaren Nähe zu Leipzig einsetzen.*
Mit der Bündelung und Mobilisierung unserer linken Kräfte können wir ein klares Zeichen gegen Aufrüstung und Militarisierung zeigen und nochmals verdeutlichen: Es reicht!
*Während die Bundesregierung einen vermeintlichen Sachzwang auf unseren Rücken auslebt, zeigt sich eines klar:Bei der Aufrüstung sind sie fix, aber für Bildung, Gesundheit und Soziales tun sie einfach nix! Wir müssen bei unseren Protesten gegen den sozialen Kahlschlag die Themen Aufrüstung und Militarisierung mitdenken und immer wieder verdeutlichen, dass die Angriffe auf Arbeiter*innenrechte und den Sozialstaat bei*

[5] https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/chemnitzer-parteitag/beschluesse-und-resolutionen/detail/news/gegen-eine-wiedereinfuehrung-der-wehrpflicht-und-anderer-zwangsdienste-fuer-die-selbstbestimmung-der-jugend/

zeitgleicher Neuverschuldung für Rüstung und Kriegstauglichkeit erfolgen und diese Sachverhalte nicht getrennt voneinander betrachtet werden können.

Vor diesem Hintergrund möge der Stadtverband Die Linke Leipzig seine Solidarität als stärkste Waffe verdeutlichen und sein Engagement gegen Aufrüstung und für Frieden in Bündnissen, Initiativen und verschiedenen Protesten sowie deren Unterstützung demonstrieren, um der realen Aufrüstungsmaschinerie in unserer Stadt und unserem Land ein starkes Zeichen des Widerstandes entgegenzusetzen.

Aus ÄA12.1:
Kriege werden auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung ausgetragen. Während der Bundeshaushalt massive Steigerungen bei den Rüstungsausgaben vorsieht, werden Schulen, Krankenhäuser, sozialer Wohnungsbau und der öffentliche Nahverkehr kaputtgespart. Diese Politik entzieht den Kommunen die Grundlagen zur Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Knüpfend an unsere Grundsätze stehen wir weiterhin unverrückt für Abrüstung, globale Diplomatie und die mittelfristige Vergesellschaftung der Rüstungsindustrie.

Anlass: Covenant und der Raum Leipzig
Das US-Start-up Covenant beabsichtigt, ab Anfang 2027 im Raum Leipzig zunächst rund 1.000, im Endausbau bis zu 5.000 Marschflugkörper vom Typ „Anthem“ pro Jahr zu produzieren. Hierbei handelt es sich um eine Offensivwaffe mit hoher Reichweite. Zusammen mit den Ansiedlungsplänen in Sangerhausen (Elbit Systems) und der Nähe zum Flughafen Halle/Leipzig kann eine solche Ansiedlung das Risiko erhöhen, dass unsere Region und ihre kritische Infrastruktur in künftigen Konflikten zum Ziel militärischer Auseinandersetzungen werden.

Soziales statt Aufrüstung & Industrielle Konversion
Dem Argument, Rüstungsproduktion schaffe notwendige Arbeitsplätze, halten wir das Konzept der Konversion entgegen. Mitteldeutschland verfügt über hochentwickelte Kapazitäten insbesondere im Maschinenbau, in der Logistik und der Elektronik. Diese Ressourcen müssen unter anderem für die zivile Daseinsvorsorge, den Klimaschutz und die soziale Infrastruktur eingesetzt werden.

Sicherheit entsteht nicht durch Auf- und Hochrüstung. Sie entsteht durch funktionierende Krankenhäuser, bezahlbaren Wohnraum, soziale Absicherung und eine handlungsfähige Zivilgesellschaft. Die Linke Leipzig verbindet den parlamentarischen Einsatz im Rathaus mit dem Widerstand auf der Straße. Leipzig bleibt Friedensstadt!

»Hoch die internationale Solidarität!«

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt: